

Christiane Bender

Folgt die Integration der Migranten der Logik der Frauenbewegung?

Die Frauenbewegung hat große Erfolge zu verzeichnen. Die Partizipation der Frauen am gesellschaftlichen Leben hat deutlich und für alle wahrnehmbar zugenommen. Gelegentlich geäußerte Ansichten über die Besonderheiten der „weiblichen Natur“ und damit verbundene Absichten, Frauen auf ihre Funktionen innerhalb der Familie festzulegen, provozieren mittlerweile vehementen Protest und Entrüstung bei Frauen **und** bei Männern. Frauen werden zwar noch benachteiligt, in der Arbeitswelt etwa bei der Besetzung von Führungspositionen, bei Zugangschancen zu „Männerberufen“ und beim Einkommen. In den privaten Haushalten tragen sie immer noch mehr Verantwortung für Familien- und Erziehungsarbeit als ihre männlichen Partner. Aber die Sensibilität, die Benachteiligung von Frauen als sozial ungerecht und als nicht zu rechtfertigend zu empfinden, hat sich in allen Teilen der Gesellschaft stetig erhöht. Vor allem der rasante Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland, wie in vielen anderen europäischen Ländern, hat ihre gesellschaftliche Akzeptanz befördert. Wie keine andere gesellschaftliche Gruppe haben Frauen sich in ihrem Handeln und in ihrer Einstellung gewandelt und damit auch Verhaltensänderungen ihrer Umwelt erwirkt. Eine Erfolgsgeschichte, die noch nicht am Ende ist!

Im letzten Jahr fanden vielerorts Kongresse zur Integration der in Deutschland lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund statt. Erfreulich war zu beobachten, dass parteiübergreifend einer aufgeschlossenen Integrationswilligkeit Ausdruck verliehen wurde. Die Feststellung, Deutschland sei ein Einwanderungsland, wurde nirgendwo ernsthaft in Zweifel gezogen. Es hagelte moralische Appelle, Vorurteile abzubauen, auf einander zuzugehen, miteinander ins Gespräch zu kommen, die Gleichheit und Differenz zwischen einheimischer und eingewandeter Bevölkerung anzuerkennen und als Bereicherung zu betrachten. Über die Einführung von Quoten in Vereinen, Verbänden und Parteien wurde diskutiert. Wenn auch sich die rechtlichen, kulturellen und politischen Grundlagen der Debatte von den Emanzipationskämpfen der Frauenbewegung unterscheiden, so drängen sich durchaus Parallelen bei der Erörterung geeigneter politischer Instrumente der Integration und angesichts der moralischen Aufrüstung ihrer Wortführer auf. Daher also die Frage: Wird die Integration der Migranten vergleichbar erfolgreich verlaufen?

Die Frauenbewegung hat in Deutschland von einer Entwicklung profitiert, die zunächst nichts mit den Zielen der Emanzipation zu tun hatte. Im Zuge des Wiederaufbaus und der wissenschaftlich-technischen Modernisierung der Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg wuchs die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Die Politik reagierte mit einer Bildungsoffensive, dem Ausbau der sekundären und tertiären Bildung. Die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung stieg insgesamt, der Anteil der Mädchen und Jungen, die eine Realschule, eine Gesamtschule oder ein Gymnasium und daran anschließend eine weiterführende Fach-, Fachhochschule oder Universität besuchten, wuchs. Aber zugleich wurden die Zugangschancen zu Berufspositionen auf dem Arbeitsmarkt angehoben und für gering qualifizierte, damit auch für eingewanderte Arbeitnehmer verschlossen.

Der Gewinner der Bildungsexpansion war der Mittelstand. Die Kinder von Selbständigen, von qualifizierten und leitenden Angestellten und Beamten, hier vor allem die Mädchen, konnten ihre Bildungsbeteiligung außergewöhnlich steigern. Die erworbenen Abschlüsse im Bereich

der sekundären und tertiären Bildung verhalfen den Frauen, sich unaufhaltsam auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren, wenn auch zunächst zu selten in bildungsabschlussadäquaten Berufspositionen, und eröffneten ihnen Chancen, neuartige Lebensentwürfe und Flexibilitäten, jenseits traditioneller Rollenmuster, zu realisieren.

Zu den Verlierern der Bildungsexpansion gehörten die unteren Schichten, deren Kinder zu keinen oder nur zu unzureichenden Bildungsabschlüssen gelangten. Der deutsche Arbeitsmarkt demonstrierte erbarmungslos seine Rigiditäten und verweigerte zunehmend deren Integration. Hier kommen die Migranten ins Spiel. Viele Jobs, die sie zunächst ohne fachliche Ausbildung und ausreichende Sprachkenntnis besetzen konnten, fielen allmählich der Rationalisierung in der Industrie zum Opfer, ohne dass vergleichbare Tätigkeiten in anderen Bereichen entstanden. Die Beschäftigungsquote im Bereich gering qualifizierter Arbeiten sank, Deutschland weist hier im OECD-Vergleich einen sehr niedrigen Wert, aber zugleich hohe Arbeitslosigkeit auf. Der Anteil der ausländischen Mitbürger an der steigenden Arbeitslosigkeit nahm zu. Der rigide Arbeitsmarkt, der sich zunehmend als nach unten hin geschlossen erwies, erfüllt immer weniger, ganz anders als die Arbeitsmärkte in den USA und in Großbritannien, eine Integrationsfunktion für die zugezogenen Migranten. Schlimmer noch: Die eingewanderte und die einheimische Bevölkerung konkurrieren heftig um die wenigen, in der Industrie verbliebenen Arbeitsplätze für ungeschultes Personal. Aus diesem gefährdungsreichen Kampf auf dem Arbeitsmarkt resultiert wechselseitig ein erhebliches Abgrenzungs- und Ausgrenzungspotenzial, welches in die Stadtteile und in die Familien hineinwirkt. Eine Integrationsvision, die den Arbeitsmarkt ausspart und damit die sozioökonomische Integration den Sozialsystemen auflastet, ist jedoch zum Scheitern verurteilt.

Künftig wird der Arbeitsmarkt in Deutschland durch die demographische Entwicklung, durch den verschärften Wettbewerb auf den Weltmärkten mit der Folge des Abbaus der industriellen Arbeitsplätze und durch den Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft geprägt. Der Qualifizierung des Humankapitals kommt für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft höchste Priorität zu. Eine Bildungsexpansion, vergleichbar mit den 60er Jahren, ist dennoch nicht zu erwarten. Gut ausgebildete Frauen können ihre Positionen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Sie übernehmen sukzessive aufstiegsrelevante Vollzeittätigkeiten, wenn die kommunalen Infrastrukturen zur Vereinbarung von Familie und Beruf ausgebaut werden oder wenn sie auf Familiengründung verzichten.

Von der Frauenbewegung zu lernen, heißt in erster Linie die Bildungsbeteiligung der Migranten, vor allem ihrer Kinder zu steigern. Nach wie vor werden wichtige Weichen für die Bildungs- und Erwerbskarrieren der Kinder früh gestellt. Vorschulische Einrichtungen und Grundschulen nehmen daher eine wichtige Schlüsselfunktion ein. In den Stadtteilen deutscher Großstädte, in denen sich die Migrantenfamilien konzentrieren, leben vergleichsweise viele Kinder. Gerade dort kristallisiert sich eine Unterschicht aus einheimischen und zugewanderten Gruppen heraus, deren prekäre Lebenslagen sich seit vielen Jahren verstetigt haben und die ihr, im Vergleich mit den Bildungsinvestitionen der Ober- und Mittelschichten, geringes kulturelles Kapital an ihre Kinder weitervererben. Aufgrund der vorhandenen Häufung von sozialen Konflikten, von Sprach- und Verständigungsproblemen leiden die Schulen dieser Stadtteile unter einem schlechten Ruf. Innovative, beispielsweise Zweisprachigkeit fördernde Elitekindergärten sind dort nicht zu finden. Pädagogisch qualifizierte Ganztagschulen und Angebote, die die Erziehungsarbeit der Eltern kompensieren, fehlen. Relativ wenige Kinder erhalten von den Lehrerinnen Empfehlungen für weiterführende Schulen.

Eltern, die sich eine gewisse Mobilität leisten können, darunter auch die dem Mittelstand zugehörigen Migranten, schicken ihre Kinder in die Schulen anderer Stadtteile. Die Segregationstendenzen in den Städten und in den Quartieren verschärfen sich im Schulalltag. Auffällig hoch ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine Sonderschule besuchen. An der wichtigsten institutionellen Schaltstelle, der Schule, wird derzeit die Integration der Kinder verfehlt – mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Entwicklung ihrer sozialmoralischen Persönlichkeit und auf ihre spätere Erwerbsbiographie. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird nur mit großen Schwierigkeiten zu erlangen sein.

Was ist zu tun? Der Bildungs- und Schulpolitik kommt für die Integration Priorität zu. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Konzept der Grundschule bis zur vierten Klasse überhaupt geeignet ist, zentrale Integrationsaufgaben zu bewältigen. Wird die Selektion der Kinder zu weiterführenden Schulen bereits nach einer so kurzen zivilisatorischen, sozialisatorischen und sprachlichen Enkulturationsphase vorgenommen, begünstigt dies vor allem die Kinder aus bildungsaffinen Elternhäusern, benachteiligt werden die Kinder aus unteren Schichten. Vorrangiges Ziel muss es sein, den schlechten Ruf dieser Schulen abzubauen. Aus ihnen müssen „Exzellenz-Schulen“ werden, indem man sie personell und organisatorisch aufrüstet: mit kleinen Klassen, flankierenden Förderkursen, Ganztagsunterricht und kulturellen, stadtteilbezogenen Initiativen und Projekten. Die Lehrer, die sich von diesen zusätzlichen Anforderungen überfordert fühlen, müssen lernen, „ihre“ Schule mit anderen Berufsgruppen zu teilen und gleichberechtigt (auch bezüglich der Gehälter) in einem Team von Experten, Sonderpädagogen, Sozialarbeitern, Ergotherapeuten, Logopäden, zusammenzuarbeiten. Eine solche Schule sollte ein Magnet sein, dessen Anziehung weit über den Stadtteil hinauswirkt und der der Marginalisierung von Stadtteilen entgegengearbeitet! Auf diese Weise lassen sich vielleicht auch die Eltern erreichen.

Eine solche Schwerpunktsetzung in der Integrationspolitik ist mit gewaltigen Anstrengungen verbunden, die kommunalpolitisch nur von einem parteienübergreifenden Konsens zu schultern sind. Bleibt es jedoch, wie derzeit in vielen Großstädten zu beobachten ist, bei halbherzigen bildungs- und schulpolitischen Beiträgen, dann wird eine sozioökonomische Integration der eingewanderten Bevölkerung, die nur annähernd mit den Erfolgen der Frauenbewegung zu vergleichen ist, auf lange Sicht nicht erreicht und die Belastungen für ein friedliches Zusammenleben vor Ort nehmen zu.